

Wir glauben nicht, daß wir Druck auf die Entscheidung in diesem Lübecker Verfahren ausüben können, aber wir fordern alle auf, dafür zu kämpfen, daß sie jetzt freikommt, und sich nicht blenden zu lassen von diesem Anhörungsverfahren, das nur ein Vorwand ist, es ist klar, daß Irmgard ohne wenn und aber, ohne diesen ganzen Verfahrensschiff, wo sich jeder Mensch an den Kopf greifen muß, raus muß. Irmgard hat immer nur aus politischen Gründen gekämpft, nicht aus ihrer Persönlichkeitsstruktur, die jetzt Gegenstand der Begutachtung sein soll. Es ist ausgeschlossen, daß das überhaupt die Frage sein kann, und angesichts der langen Haft und ihrer angeschlagenen Gesundheit totaler Zynismus.

Es ist notwendig, einen Schnitt zu machen, aufzuräumen mit dem Denken, das sich in den letzten Jahren etabliert hat, weg vom Starren auf »Angebote«, auf die Justiz, auf die ganze elende Tour, mit der der Staat die Schraube nur immer noch eine Umdrehung weiter zuge dreht hat. *Irmgard muß raus!*

Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heißler, Sieglinde Hofmann, Christian Klar, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pobl, Heidi Schulz, Rolf-Clemens Wagner

Einen Tag später hat sich auch Birgit Hogefeld dem Hungerstreik angeschlossen:

»Ich habe mich am 28.7.94 dem zeitlich begrenzten Hungerstreik, den gestern 12 Gefangene aus der RAF begonnen haben, angeschlossen.

Sofortige Freilassung von Irmgard Möller! Birgit Hogefeld«

Erklärung

vom 29. November 1996

Es ist mittlerweile hinreichend bekannt, daß Christoph Seidler³²⁴ nie in der RAF gekämpft hat. Weiterhin wird der ehemalige Verfassungsschutz-Spitzel Siegfried Nonne³²⁵ als Zeuge des Staatsschutzes geführt. Alle Welt weiß, daß der gesamte Komplex Nonne eine Erfindung deutscher Geheimdienste ist. Er selbst berichtete vor Jahren in einer Fernsehsendung, daß er vom VS unter Druck gesetzt wurde, die Aussagen als die seinigen zu bestätigen. Der Bruder des Siegfried Nonne, Hugo Fölller, lebte genau in der Zeit, in der C. Seidler und andere dort gelebt hätten, in derselben Bad Homburger Wohnung. Er hat damals dem BKA gegenüber ausgesagt, daß außer ihm und

324 Der Spiegel veröffentlichte am 4.11.1996 ein Interview mit Christoph Seidler, der bis zu diesem Zeitpunkt auf den Fahndungsplakaten des BKA stand. In dem Interview erklärte er, daß er in der Zeit, in der nach ihm gefahndet wurde, im Nahen Osten bei einer palästinensischen Einheit gelebt hat. Er ist 1984, vor dem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF, untergetaucht, um einer möglichen Verhaftung zu entgehen. Nachdem er auf den Fahndungsplakaten auftauchte und ihm vorgeworfen wurde, zur RAF zu gehören, sei er ins Ausland gegangen. Ab 1992 hatte er sich auf die Rückkehr nach Deutschland vorbereitet und Beweise, Zeugenaussagen zusammengetragen, die beweisen daß er nicht an den Aktionen der RAF beteiligt war, die ihm vom BKA angelastet wurden. Kurz nach dem Interview stellte er sich der BAW, wurde kurzzeitig inhaftiert und nach Gesprächen mit der BAW entlassen.

325 Siegfried Nonne war V-Mann des Verfassungsschutzes und behauptete, daß das Kommando »Wolfgang Beer« bei ihm gewohnt hätte, bevor es die Aktion gegen Alfred Herrhausen durchgeführt hätte. Er wurde als einziger Belastungszeuge gegen Christof Seidler und Andrea Klump gehalten, obwohl Nonne als psychisch labil, geltungsbedürftig und erpressbar galt. Er nahm seine Version später öffentlich zurück, um sie danach wieder zu bestätigen.

Nonne dort niemand weiteres lebte – auch keine angeblichen Militanten der RAF. Mysteriöserweise verstarb der Bruder völlig unerwartet, kurz nachdem er seine Aussagen beim BKA gemacht hatte. Trotz seiner Aussage wurde er von staatlicher Seite praktisch nicht mehr erwähnt. Der Verdacht liegt auf der Hand, daß deutsche Staatsschutzbehörden etwas mit dem Tod des Bruders von Nonne zu tun haben. Die Geheimdienstoperation bzw. das Rückkehrerprogramm, in dem Christoph Seidler jetzt zurückgekommen ist, läuft schon seit einigen Jahren. Thomas Simon³²⁶ wurde vom BKA spätestens im Juli '90 vom Fahndungsplakat gestrichen. Seitdem läuft das Programm auf jeden Fall. Das BKA wollte C. Seidler ursprünglich ab Juli 1991 vom nächsten Fahndungsplakat nehmen (SZ, 25.11.96). Spätestens da hat der VS aller Wahrscheinlichkeit nach bereits gewußt, daß Christoph Seidler nie bei der RAF gewesen ist. Danach erst hat der VS seine Nonne-Erfindung der Öffentlichkeit präsentiert, bewußt und in dem Wissen, daß C. Seidler weder ein Militanter der RAF gewesen ist noch etwas mit dem Kommando Wolfgang Beer zu tun hatte.

Fest steht also, daß der Staatsschutz Beweise erfunden und konstruiert hat und auf dieser Grundlage jemand über

Jahre hinweg verfolgt wurde. Wäre Christoph Seidler bei uns gewesen, wäre er im Falle seiner Verhaftung wegen dieser vom Staatsschutz erfundenen Zeugenaussage im gegen uns üblichen Maße verurteilt oder erschossen worden.

Wie leider nicht anders zu erwarten, kursieren mancherorts Gerüchte, daß wir etwas mit der Rückkehr des Christoph Seidler und dem in diesem Zusammenhang stehenden VS-Programm zu tun hätten. Dem ist nicht so. Wir haben nichts mit irgendwelchen »Aussteigerprogrammen« zu tun.

Aussteigerprogramm und Kronzeugenregelung sind zwei Seiten einer Medaille. Illegale oder Gefangene sollen dazu gebracht werden, sich zum Werkzeug des Staatsschutzes zu machen und so nicht nur ihre GenossInnen, sondern auch ihre eigene Geschichte zu verraten. In diesem Sinn zielt das Aussteigerprogramm auf »die prinzipielle Denunziation linker militanter Politik«. Die Ehemaligen, die in den 80ern in der DDR im Exil lebten, haben zum größten Teil ein trauriges Beispiel dafür gegeben, was dieses Programm ist. Gebrochene frühere Linke hingen der Bundesanwaltschaft an den Lippen und diktieren ihnen, was diese hören wollten. So kamen die erneuten Verurteilungen von Sieglinde Hofmann³²⁷, Christian

326 Thomas Simon hatte eine ähnliche Geschichte wie Christoph Seidler. Er kam einige Jahre vorher nach Deutschland zurück. Ihm wurden keine konkreten Aktionen vorgeworfen, der Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF wurde fallengelassen. Thomas Simon, der bei seiner Rückkehr bewußt auf die »Hilfe« deutscher Behörden verzichtet hatte, bezeugte auch die Aussagen von Christoph Seidler.

327 Sieglinde Hofmann war Mitglied im SPK und wurde im Mai 1978 in Jugoslawien verhaftet und wieder freigelassen. 1980 wurde sie in Paris ein zweites Mal verhaftet und an die BRD ausgeliefert. Kurz vor ihrer eigentlichen Entlassung wird sie aufgrund der Kronzeugenaussagen der in der DDR Verhafteten erneut verurteilt.

Rolf Clemens Wagner kommt aus linksradikalen Zusammenhängen in Frankfurt/Main. Er wurde am 19.11.1979 in Zürich verhaftet, an die BRD ausgeliefert und später zu lebenslänglich verurteilt.

Heidi (Adelheid) Schulz kommt aus Karlsruhe und arbeitete in der Roten Hilfe. Sie wurde am 2.11.1982, zusammen mit Brigitte Monhaupt verhaftet und zu lebenslänglich verurteilt. Aufgrund der Isolation bzw. anderer Haftbedingungen ist sie im Knast schwer erkrankt.

Klar, Rolf-Clemens Wagner und Heidi Schulz zustande.

Bei Christoph Seidler liegen die Dinge natürlich anders als bei den früheren RAF-Militanten, die später in der DDR lebten. Wir wissen natürlich nicht, was er alles ausgesagt hat. Aus der RAF konnte er nicht aussteigen, weil er dort nie war. Das »Programm«, auf das er sich eingelassen hat, ist infolgedessen auch ein ganz anderes – im Konkreten jedenfalls. Wir sehen auch, daß er sich in einer schwierigen Situation befunden hat, in der er sich auf das Prozedere der Gegenseite einläßt oder hätte bleiben müssen, wo er war, obwohl er mit dem, weswegen er gesucht wurde, nichts zu tun hat, und auch sonst zur Zeit offensichtlich nur wenig Bezug zum revolutionären Kampf hat. Einfach »in Ordnung« ist das trotzdem nicht. Immerhin hat er auf jeden Fall Informationen über sein Exil preisgegeben und deutsche Geheimdienste dort hingeschickt, wo er solidarisch aufgenommen wurde und viele Jahre Schutz erhalten hat. Vom Standpunkt der radikalen Linken gibt es unseres Erachtens momentan keine gute Lösung für solch eine problematische Situation. Wir haben keine Antwort auf die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben. Es gibt in den derzeitigen Verhältnissen nur einen wirklich korrekten Weg: Die Linke müßte sich ihre illegal und oftmals im Exil lebenden GenossInnen, die aus den letzten 25 Jahren Kampfgeschichte der Linken kommen, zurückkämpfen – sofern diese das wollen. Angesichts des Epochenbruchs auch für die Geschichte der Lin-

ken wäre heute dafür der richtige Zeitpunkt. Das aber läßt das gegenwärtige Kräfteverhältnis nicht zu. Wenn wir sagen, wir haben deswegen keine Antwort auf die Frage, wie damit umzugehen ist, heißt das trotzdem:

Aussagen über illegale Strukturen und geheime Orte des Exils sind und bleiben absolut abzulehnen.

Die Blüten, die das Einlassen auf VS-Programme treibt, sind richtig sichtbar geworden, in dem eine Genossin, die früher selbst in der RAF gekämpft hat, über Christoph Seidler und weitere GenossInnen Aussagen gemacht hat (taz, 4.11.96). Konkret ist es zwar richtig, daß es verschiedene »Fälle« der Linken gegeben hat, die aus verschiedensten Gründen in die Illegalität mußten (nicht unbedingt wegen dem Vorwurf, in der RAF organisiert zu sein. Das ist kein Kriterium für uns, ob wir jemandem helfen oder nicht). Manche konnten sich nicht vorstellen, sich illegal in der BRD zu organisieren. Solchen haben wir immer geholfen, wenn es erwünscht war, und wir das konnten. Allerdings ist das nichts, worüber es etwas mit dem Staatsschutz zu besprechen gäbe. Die Aussagen von Eva Haule³²⁸, die sie im Zusammenhang des Aussteigerprogramms gegenüber den Bullen gemacht hat, sind ein absoluter Hammer. Zum Teil entlasten sie noch nicht mal Christoph Seidler, sondern haben mit dessen Rückkehr nichts zu tun. Kriterien und Bewußtsein sind verloren gegangen. Es fehlt an Distanz zu solchen »Programmen«. Was nicht heißt, daß diese nicht wieder zurückerobert werden könnten.

328 Eva Haule war aktiv in der Berliner Szene. Am 2. August 1986 wurde sie in Rüsselsheim, bei einem Treffen mit legalen Genossinnen und Genossen, verhaftet. 1988 ist sie wegen Mitgliedschaft in der RAF, dem Angriff auf die NATO-Schule und einem Überfall auf ein Waffengeschäft zu 15 Jahren verurteilt worden. Nachdem sie sich in einem Brief kritisch mit der Erschießung des US-Soldaten Pimental auseinandersetzt und damalige Standpunkte der RAF mit »wir« erklärt, wird daraus von der BAW ihre Beteiligung an der Aktion konstruiert, und sie wird noch einmal zu lebenslänglich verurteilt.

Wir wollen die Probleme aber nicht individualisieren und auf niemandem rumhacken. Es ist nicht nur ein Problem im Zerfallsprozeß unseres gesamten ehemaligen politischen Zusammenhangs, sondern eines der Linken. Es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet in den letzten Jahren verschiedentlich offen wurde, daß erhaltenswerte Grundsätze bezüglich des Verhältnisses zu Aussagen und unnötigem Gerede flöten gegangen sind. Für viele ist nicht nur eine Epoche zu Ende, sondern manch eine/r findet sich auch ganz persönlich nicht mehr wieder im radikalen Kampf gegen das System und/oder in illegalen Strukturen der Linken. Es sollte aber niemand vergessen, daß mit der eigenen Entscheidung andere nicht zum Objekt gemacht werden können. Die Entscheidung von Einzelnen führt weder dazu, daß der revolutionäre Kampf gleich ganz abgeblasen wird – noch dazu, daß in der zukünftige Linken nicht wieder illegale Kampfstrukturen gebraucht werden.

Es bleibt für alle Zeiten dabei – Zerfallsprozesse hin oder her: Keine Aussagen über bestehende illegale (oder legale) Strukturen! Keine Aussagen über geheime Exil-Orte und Strukturen! Es wird immer wieder GenossInnen geben, die davon Gebrauch machen und darauf angewiesen sind, daß die Bullen nicht alles darüber wissen, wie linke Strukturen so etwas organisieren könnten. Keine (scheinbar heute harmlosen) Infos über die Illegalität und wie diese zu organisieren möglich ist! Weder in der Form von Aussagen noch von entpolitisiertem Gelaber in Medien, »Anekdoten aus früheren Zeiten« in Büchern oder am Tresen, oder egal in welcher Form der Selbstdarstellung! Zurück zum Staat. Die ganze Geschichte rückt verschiedene Dinge ans Licht. Verfolgungen und eventuelle Verurteilungen von Illegalen und Legalen, ohne daß der Staatsschutz irgend etwas in

der Hand hat, sind absolut üblich – wie eben auch gegen Christoph Seidler. Sie gaben vor, alles über ihn zu wissen – außer wo er sich aufhält. Die Wirklichkeit hatte mit den Staatsschutzbehauptungen nichts zu tun. Sie konstruieren eine künstliche Wirklichkeit in der bewußten Täuschung der Öffentlichkeit.

Sie wissen nicht viel über uns. Sie haben noch nie wirklich durchgeblickt, wie unsere Strukturen aussehen oder wer in der RAF organisiert ist. Wenn der Staatsschutz das Gegenteil behauptet, kann getrost davon ausgegangen werden, daß er täuscht. Das mindestens ist ja wohl ausreichend bewiesen mit dieser Geschichte. BKA-Fahndungsplakate sind keine »Mitgliedslisten« der RAF. Selbst die Tatsache, daß der VS- Spitzel Steinmetz sich mit welchen von uns treffen konnte, hat sie nicht dazu befähigt, uns zu zerschlagen.

Wir wollen an dieser Stelle auch etwas zu den Staatsschutz-Märchen im Zusammenhang der Aktion des Kommandos Katharina Hammerschmidt in Weiterstadt sagen. Sie behaupten, Steinmetz sei daran beteiligt gewesen. Natürlich wissen sie genauso wie wir, daß es sich auch hierbei um eine Erfindung staatlicher Organe der BRD handelt. Der Haftbefehl gegen einen ihrer Zuträger ist absolut lächerlich. Und natürlich gibt es keine Behörde der BRD, die ihn ernstlich kriminalisieren will.

Wir denken, daß es für diese Lüge zwei Gründe gibt. 1) Die Aktionen wurde von außergewöhnlich vielen Leuten gut gefunden. Auch über die Linke hinaus wurde dieser militanten Aktion mit Sympathie begegnet. Sie wurde von vielen als sinnvoll erachtet, was heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Deswegen möchten die Geheimdienste genau diese Aktion denunzieren. Wer würde es nicht als Dreck empfinden, wenn so eine

Aktion, die als Ablehnung herrschender Gewaltverhältnisse und bewußte Auflehnung gegen die herrschende Ordnung daher kam, in Wirklichkeit eine Geheimdienstoperation gewesen wäre. Gerade in der historischen Situation, in der die Linke sich überlegen kann und muß, was sie in Zukunft zu tun gedenkt, soll der bewaffnete Kampf der vergangenen Jahrzehnte als diffuse und nebulöse Inszenierung unter Beihilfe der Geheimdienste denunziert werden. Um das zu schaffen, wurden in der Vergangenheit u.a. Bücher verfaßt oder mindestens deren Verfasser mit Falschinformationen gefüttert (»RAF-Phantom«). Oder eben das Gerede von der steinmetzischen Beteiligung an der Aktion oder den laivierten Schwachsinn, die Bullen von Weiterstadt hätten in dieser Nacht etwas anders gemacht als in anderen Nächten. Das hätten sie gerne in den Köpfen, daß so eine Aktion nur unter ihrer »Duldung« möglich ist und unmöglich eine Widerstandsaktion sein kann. Schade, daß solche Staatsschutzpropaganda hier und da in der Linken Fuß fassen kann. Auch das bewußt gestreute Gerücht, der VS hätte bereits vorab durch seinen Spitzel über die anstehende Aktion Bescheid gewußt, hat diesen Zweck. Sicher – im nachhinein gesehen war es ein Gang auf Messers Schneide, in einem Zeitraum eine Aktion zu machen, in dem wir gleichzeitig mit einem Spitzel zu tun hatten. Wir haben damals riesiges Glück gehabt. Es ist wohl überhaupt keine Frage, daß es für den Staatsschutz in dieser Situation keine bessere Sache hätte geben können, als ein ganzes Kommando von uns mitten in dieser Aktion hochzunehmen. Es hätte eine ganze Reihe von Festnahmen oder Toten gegeben, die Knastsprenkung hätte es nicht gegeben, und ihr Spitzel hätte vordergründig mit einer solchen Aktion gegen uns nichts zu tun gehabt. Zunächst wäre es für sie we-

sentlich naheliegender gewesen, auf diese Art Steinmetz im Spitzeldienst gegen uns und andere zu halten. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß sie darauf verzichtet hätten, wenn sie vorab eine Information über die anstehende Aktion gehabt hätten. Dann hätte Weiterstadt für eine Niederlage der RAF gestanden und nicht für eine Möglichkeit des Widerstandes gegen ihr System. 2) Sie erfinden die Beteiligung ihres Spitzels, um uferlose Kriminalisierungen zusammenkonstruieren zu können. Verunsichert sein sollen alle, die irgendwann auch nur in der Nähe von Steinmetz gewesen sind.

Sie behaupten, daß Legale den Sprengstoff in einem Motorradkoffer mit einem Motorrad für uns transportiert hätten. Das ist so unwahr wie unrealistisch. Die Tatsache, daß unser Kommando gut 1 t Sprengstoff in Weiterstadt benutzte – was heute eigentlich uninteressant ist – zeigt aber, wie absurd diese Geschichte ist. Natürlich weiß der Staat, daß die von ihnen angegebene wesentlich geringere Menge Quatsch ist. Aber selbst um diese zu transportieren, würde uns was Besseres einfallen als »Szene«-Motorräder zu benutzen. Dieser Unsinn, den BAW und BKA behaupten, soll die Verfolgung einer Genossin wegen der angeblichen Beteiligung an Weiterstadt ermöglichen. Soweit also alles normal – könnte man meinen. Das Spezielle an dieser Geschichte ist aber, daß der VS über seinen Spitzel Steinmetz und dessen Beziehung zu Andrea Wolf explizit weiß, daß sie absolut nichts mit der Aktion in Weiterstadt zu tun hat. Hier wiederholt sich von der Struktur her etwas, was schon bei Christoph Seidler zum Tragen kam. Nur daß die Widersprüche, in die sich der Apparat mit seinem Zeugen Nonne verfangen hat, an die Öffentlichkeit geraten sind und nun nur schwerlich unter den Teppich zu kehren sind. Es wiederholt sich – wie

auch im zuendegegangenen Prozeß gegen Birgit Hogefeld und immer noch in der zusammengeklebten Konstruktion gegen Monika Haas³²⁹ ... und nicht nur da ... und nicht erst heute.

Der Staat hat heute äußerst wenig Probleme damit, daß er zu immer offeneren Lügen gezwungen ist. Alle wissen, daß unser Genosse Wolfgang Grams – bereits gefangen – von der GSG 9 hingerichtet wurde. Trotzdem gibt es außerhalb der radikalen Linken so gut wie keine »kritische Medienöffentlichkeit«, von der es sich sagen ließe, sie hätten ein wenigstens halbwegs ausgeprägtes Interesse an der Wahrheit. Zu Gunsten der staatstragenden Version machen sie sich lieber zum Hampelmann der herrschenden Klasse.

Wir halten die Verwunderung darüber, daß der Staat trotz der Schwäche der Linken weiterhin mit Härte gegen sie vorgeht, für unverständlich. Im Gegenteil tritt er gerade deswegen nochmal nach. Vor allem in der historischen Situation, in der die Linke sich wandeln wird und eine neue systemoppositionelle Kraft entstehen kann, setzt der Staat umso mehr auf repressive Abschreckung. Niemand soll sich jemals mehr trauen, die Regeln des Systems bewußt und konsequent zu durchbrechen. Niemand soll sich mehr das Recht rausnehmen, gewalttätige Verhältnisse mit revolutionärer Gegengewalt zu beantworten. Und schon gar nicht in organisierter Form. Das wollen die Herrschenden der Linken mit auf den Weg geben. Deswegen soll jede Aktion der RAF

abgeurteilt werden, auch wenn die Beweise dafür Phantasieprodukte der staatlichen Seite sind. Deswegen sollen GenossInnen auf Ewigkeiten in den Knast.

Dafür ist dem Staatsschutz jede Lüge recht.

Die Militarisierung im Innern ist ihre politische Antwort auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Entwicklung, die abzusehen ist. Die Vervielfachung des Polizeiapparates und die Legalisierung geheimdienstlicher und polizeilicher Maßnahmen gegen immer größere Teile der Gesellschaft, der totale Überwachungsstaat sind Begleitwerkzeuge zum sozialen Kahlschlag, den das kapitalistische System jetzt und für die Zukunft einfordert. Noch nie seit dem Nazi-Faschismus ist das System und sind damit auch die gesellschaftlichen Verhältnisse strukturell so gewalttätig gewesen wie heute. Die personelle und materielle Aufrüstung von Polizei und BGS, der Justiz und der Bau immer neuer Knäste, der Aufbau von immer weiteren Sicherheitsdiensten, die Aufstellung von Bürgerwehren, der gesamte Abschiebeapparat und der ganze Terror gegen Flüchtlinge und Nichtweiße sowie gegen viele ohne deutschen Paß sind Ausdruck davon. Die potentielle Gewalt, die in dieser Maschine steckt, ist objektiv um ein vielfaches größer als bspw. 1977. Die polizeiliche Aufrüstung wird offen rassistisch begründet.

Alle ImmigrantInnen und alle Nichtweißen sind die, die von der gesellschaft-

lichen und systemischen Entwicklung am härtesten angegriffen werden.

Heute werden flächendeckende Kontrollen, Razzien und Abhörmaßnahmen u.v.m. mit der Abschottung der Metropolen vor Flüchtlingen und mit anderer rassistischer Hetze begründet und in diesem Zusammenhang eingesetzt. Genauso gegen die kurdische Bevölkerung, die mit dem Verbot der PKK zu einem großen Teil unter Versammlungsverbot gestellt worden ist. Sie werden in voller Härte bekämpft. Heute gibt es in der BRD mehr politische Gefangene aus dem kurdischen Befreiungskampf als aus der sonstigen Widerstandsgeschichte in der BRD. Abschiebungen in Folter und Tod sind jederzeit möglich. Kanther, der wohl ohne Übertreibung als einer der größten Schreibtischmörder Europas in der Gegenwart bezeichnet werden kann, wähnt sich im Krieg gegen die »organisierte Kriminalität«, die jeden Tag etwas anderes sein kann; alle können das sein. Der Rassismus von Typen wie Kanther macht aber vorzugsweise Rumänen, Vietnamesen, Russen, Chinesen ... usw. zu organisierten Kriminellen, vor denen »die Deutschen« zu schützen seien. Was von dem Geschrei über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Mafia zu halten ist, wird besonders deutlich angesichts der herzlichen und intensiven Zusammenarbeit des deutschen Staates mit der von der herrschenden Klasse in der Türkei um Außenministerin Tansu Ciller³³⁰ organisierten Drogen-, Geheimdienst- und

Militärmafia. Die Zusammenarbeit im schmutzigen Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung und die fortschrittlichen und linken Teile der Bevölkerung der Türkei laufen auf allen Ebenen. Das Rüstungsgeschäft der deutschen Industrie läuft wie geschmiert.

Die Überlegung, der Staatsschutzapparat bräuchte die RAF oder ähnliche Gruppen, um seine Existenz zu begründen, nimmt die rassistische Entwicklung nicht ausreichend wahr. Zudem stellt es unsere gesamte Kampfgeschichte und die aller bewaffnet kämpfenden Gruppen der BRD-Linken auf den Kopf. Dabei wird negiert, daß es immer eine ganz bewußte Entscheidung von jeder/m von uns gewesen ist, sich einer der bewaffnet kämpfenden Organisationen anzuschließen und deren Politik weiterzuentwickeln. Es gibt darin keine Zwangsläufigkeit, die Politik als Reflex auf die Eskalationen des Imperialismus einzuengen. Wo das passierte, waren es selbst zu verantwortende Fehler. Der subjektive Aufbruch ist hier ein entscheidendes Moment unseres Kampfes gewesen. Die Entscheidung ist immer mit Hoffnungen und der Vorstellung verbunden gewesen, im gemeinsamen weltweiten Kampf um Befreiung ein herrschaftsfreies Leben erkämpfen zu können. Unseren Kampf heute zum Objekt des Staates umzudeuten heißt, sich der eigenen Geschichte zu berauben. Daraus können keine Erkenntnisse für die Zukunft gezogen werden.

Auch der Gedanke, der Staat verhalte

329 Monika Haas wurde im November 1994 verhaftet. Aufgrund der Tatsache, daß sie in den siebziger Jahren mit einem palästinensischen Funktionär verheiratet war, wurde seit 1992, speziell vom *Spiegel*, eine Medienkampagne gegen sie inszeniert, in der ihr vorgeworfen wurde, sie hätte für verschiedene westliche und östliche Geheimdienste gearbeitet und sie hätte die Waffen für die Landshut-Entführung transportiert. Grundlage der Verdächtigungen waren verschiedene Szene-Gerüchte, die in den Akten der Stasi gelandet waren. Monika Haas klagte mehrmals erfolgreich gegen den *Spiegel* auf Unterlassung der Behauptungen. Nachdem im Oktober 1994 die Palästinenserin Souhaila Andrawes, auf Initiative der BAW, in Norwegen verhaftet wurde, erpreßten deutsche Ermittler von ihr die Falschaussage, daß Monika Haas die Waffen transportiert hätte. Sie erkrankte in der Haft und wurde erst 1997 wieder entlassen.

330 Tansu Ciller ist im Juli 1993 als erste Frau zur Vorsitzenden der konservativen DYP und zur Ministerpräsidentin gewählt worden. Die Wirtschaftswissenschaftlerin, die erst drei Jahre vorher in die Partei eingetreten war, galt als Vertreterin einer neoliberalen Modernisierungspolitik. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt begann sie mit der Privatisierung des in der Türkei traditionell großen staatlichen Wirtschaftssektors, kürzte die Sozialleistungen und verschärfte den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Unter ihrer Regierung wurde die kurdische, demokratische Partei DEP verboten und deren Abgeordnete aus der Parlamentssitzung heraus verhaftet. In Zusammenhang mit der Veröffentlichung mehrerer Spenden- und Finanzaffären, wegen der sie letztendlich zurücktrat, versuchte sie, die Berichterstattung der türkischen Medienkonzerne einzuschränken. Nach ihrem Rücktritt als Ministerpräsidentin wurde sie Außenministerin.

sich wie 1977, weil er immer noch mit voller Härte versucht, jeglichen Widerstand auszumerzen, berücksichtigt nicht die Realität von System und Gesellschaft. Die Militarisierung ihrer Politik nimmt umgekehrt die Entwicklung der kommenden Jahre oder vielleicht Jahrzehnte vorweg. Das sind die Ausgangsbedingungen, die sich der Linken stellen und die wir uns nicht aussuchen können.

Das System braucht nicht die RAF, sondern den Polizeistaat – als Umgehungsweise mit den Widersprüchen, die das System selbst produziert. Das ist ihre gesellschaftliche Vision. Egal, ob Gruppen wie die RAF existieren oder nicht. Die Auseinandersetzung um die Geschichte der Linken macht für uns nur einen Sinn, wenn sie zur Neubestimmung revolutionärer Politik und Neuformierung einer radikalen Linken beiträgt. Nur von da aus wird es möglich sein, systemüberwindende Visionen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu tragen. Hierzu wird es keine »Signale der Politik«³³¹ von staatlicher Seite geben. Diese peitscht zu Gunsten der Entwicklung des Kapitals nach außen imperialistische Großmachtspolitik und nach innen eine neue Gesellschaft durch. Das ist ihre Konsequenz aus der Krise des kapitalistischen Systems und der Versuch, daraus als politische und ökonomische Macht gestärkt hervorzugehen. Deshalb das Roll-back dessen, was innerhalb des Kapitalismus an sozialen Rechten in der Metropole durchgesetzt werden konnte. Armut und Ausgrenzung werden in ganz anderem Ausmaß Bestandteil der gesellschaftlichen Realität in der Metropole sein. Staatlicher und gesellschaftlicher Rassismus gehören zu den am meisten bestimmenden Erscheinungen des Lebens in Deutschland.

Es gibt keine Berührungspunkte zwischen denen, die das verantworten, und den Auseinandersetzungen, die auf unserer Seite notwendig sind, um im Prozeß der sozialen Revolution das alles hinwegzufegen.

Brief an die Interim,

29. November 96

Ihr habt in eurer Nummer 387 einen Brief von A.W. abgedruckt. Wir fänden's gut, wenn ihr dazu was Kurzes von uns in die interim bringt.

A.W. schreibt zum Kontakt des VS-Spitzels Steinmetz zu uns: »Ohne Stoffwechsel zwischen ihr und der legalen Linken kann eine Guerilla nicht leben, geschweige denn handeln. Daß eine derart wichtige Position sozusagen unter Einfluß des Verfassungsschutz stand, macht den Verlauf der politischen Entwicklung in den letzten Jahren klarer ...«

Eigentlich erwarten wir von GenossInnen, die *über* uns und diese Geschichte reden, schon, daß sie wahrnehmen, was wir dazu gesagt haben (ausführlich im März '94).

Über Steinmetz hatte der Verfassungsschutz keinen Einfluß auf politische Entscheidungen, die die RAF getroffen hat.

Wir fragen uns, warum Andrea etwas anderes vermitteln will. Zumal sie Steinmetz kannte und mit ihm fast ein Jahr lang »politische Diskussionen« ... »um grundsätzliche Veränderung der Machtverhältnisse« geführt hatte. Eine solche Diskussion mit Steinmetz muß wohl eher Vortragscharakter gehabt haben. K.S. war nicht einer, der größere Impulse in die politische Diskussion bringen konnte, sicher gibt es auch Spitzel, die politisch we-

331 Die Passage bezieht sich auf die Schlußerklärung von Birgit Hogefeld, die Ihre Abschlusserklärung im Prozeß mit einem entsprechenden Appell beendet hatte.